

## Menetekel

Attila Kiraly

Staatlichkeit bemisst sich traditionell nach drei Kriterien: (1) das Münzregal, d. h. das Hoheitsrecht, die Münzordnung zu bestimmen, heute das Recht, Geld zu drucken und als anerkannte Währung in Umlauf zu bringen; (2) das Kriegsführungsrecht, d. h. das Recht des Landesherrn oder des Staates, über Krieg und Frieden zu entscheiden; (3) die Prerogative, über die Außenpolitik zu bestimmen. In diesem Sinne hatte Österreich-Ungarn nach dem Ausgleich von 1867 drei zentrale Ministerien: Finanzen, Militär und Auswärtige Angelegenheiten; alles andere regelten die beiden Regierungen in Wien und Budapest.

Im Grunde läuft die Verfasstheit die Europäische Union heute in eine solche Richtung: der Euro ist Ausdruck dessen, dass die Währungshoheit der beteiligten Staaten in Brüssel abgegeben ist; die Militäreinsätze der EU, darunter in Kosovo, Kongo, Tschad und vor der somalischen Küste, zeugen vom Ausbau einer eigenständigen Kriegsführungsfähigkeit, die im Vertrag von Lissabon auch völkerrechtlich fixiert ist; die Ernennung von Lady Ashton zur EU-Außenbeauftragten und die Schaffung eines eigenen außenpolitischen Dienstes weisen darauf hin, dass auch das Recht der Außenvertretung schrittweise auf die Unionsebene übergeht.

Diese Entwicklung hat mit der Krisendiskussion um Griechenland an Eigendynamik gewonnen. Nach der Wahl von Giorgios Papandreou zum Premierminister und dem Kassensturz durch seine Regierung stellte sich heraus: Das Land hat 2010 ein Staatsdefizit von 12,8 Prozent des BIP. In EU-Institutionen und -Regierungen wurde debattiert, ob ein solches Land in der Eurozone bleiben solle. Als dies dann mit Ja beantwortet war, wurden „härtere Maßnahmen“ gefordert, die von der EU-Kommission durchzusetzen seien. Die Zugehörigkeit zur EU hat zu einer neuen Stufe der Abschaffung der Souveränität der Mitgliedstaaten geführt.

Genau betrachtet geht es nicht nur um die Verschuldung Griechenlands. Irland hat in diesem Jahr ein Defizit von voraussichtlich 14,7 Prozent, Spanien von 10,1 Prozent und Portugal

von 8,0 Prozent; der EU-Durchschnitt liegt bei 7,5 Prozent und damit weit jenseits der einst gepriesenen Maastricht-Kriterien. Schaut man auf die Staatsverschuldung in Milliarden Euro, sieht die Liste noch ganz anders aus: bei Irland sind es 108 Mrd., bei Portugal 126 Mrd. und bei Griechenland 271 Mrd.; im Falle Spaniens jedoch stehen 569 Mrd. zu Buche und bei Italien 1757 Mrd. Die eigentliche Furcht ist, dass ein Dominoeffekt entsteht, und alle diese Länder und damit der Euro ins Rutschen kommen. Die einschlägigen Hedgefonds-Halunken spekulieren bereits auf den fallenden Euro. Griechenland hat man nun unter Kuratel gestellt, bei Spanien und Italien gibt man sich mit Erklärungen der Regierung zufrieden. Das bedeutet, es gibt zweierlei Maß in der EU: eine Art Kolonialverwaltung gegenüber den einen und fortgesetzte Souveränität der anderen.

Bundeskanzlerin Merkel sagte nach dem EU-Gipfel Ende März, die fortgesetzte Stabilität des Euro sei ein Erfolg „für Frieden und Gemeinsamkeit“. Es ist zunächst ein Erfolg für die deutsche Exportwirtschaft. Die erzielt den größten Teil ihres Exportüberschusses in der Eurozone, 2009 139,9 Mrd. Euro, darunter 12,0 im Handel mit Spanien, 11,4 Mrd. mit Italien und 4,8 Mrd. mit Griechenland. Deren „Über-die-Verhältnisse-Leben“ in Gestalt der Staatsverschuldung korreliert mit dem Außenhandelsdefizit gegenüber Deutschland. Angesichts der Politik der „Stabilität des Euro“ haben diese Länder keine Chance, dem durch eine nationale Währungspolitik entgegenzuwirken. Ohne eine Entwicklungsperspektive für die „Realwirtschaft“, d. h. dass Griechenland oder Italien weniger deutsche Produkte kaufen und wieder mehr eigene produzieren, wird es keinen nachhaltigen Abbau der Schulden dort geben können. Damit ist das eigentliche Problem der EU die deutsche Exportorientierung.

Das gilt auch für die deutschen Waffenexporte. Deutschland liegt auf Platz drei in der Welt und hat seine Rüstungsexporte in den vergangenen fünf Jahren verdoppelt. Griechenland ist einer der wichtigsten Abnehmer: Dorthin gingen 14 Prozent. Es wird Zeit, über den Stop dieser Exporte zu reden. 